

Kein Einzelfall der Geschichte

Cui bono? Vor 85 Jahren brannte das Reichstagsgebäude in Berlin

Von Alexander Bahar

27. Februar 2018

Muss einen die Frage, wer vor 85 Jahren den Plenarsaal des Berliner Reichstagsgebäudes in Schutt und Asche gelegt hat, heute noch beschäftigen? Ist sie doch im Grunde geklärt. Auch wenn es nicht den einen letztlich schlagenden Beweis dafür gibt, dass die Tat von der NS-Führung angeordnet und von Tätern aus den Reihen der Nazi-Partei begangen wurde, so gelangte in den vergangenen Jahrzehnten doch eine derart erdrückende Fülle an Indizien ans Licht*, dass begründete Zweifel an einer NS-Täterschaft weitestgehend ausgeräumt sein sollten. Und dennoch hat sich allen Aufklärungsbemühungen Einzelner zum Trotz das einst gemeinsam von einem in höherem Auftrag handelnden Beamten des niedersächsischen Verfassungsschutzes, einer Seilschaft um den ersten Gestapochef Rudolf Diels und dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* in die Welt gesetzte Narrativ vom Einzeltäter Marinus van der Lubbe, wiewohl angeschlagen, bis heute als – angeblich immer noch wahrscheinlichste – Erklärung hartnäckig gehalten. Von Leitmedien und -historikern aus politischen Gründen über Jahrzehnte aufgebaut und gepflegt, wurde es gleichsam zu einem inhärenten Bestandteil der bundesrepublikanischen Ideologie, von der sich zu trennen ganz offenbar vielen Vertretern der politischen Klasse und der etablierten Medien auch im Nach-Wende-Deutschland schwerfällt.

Dabei steht längst fest, dass der schwer sehbehinderte niederländische „Rätekommunist“ Marinus van der Lubbe an der eigentlichen Brandlegung im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes gar nicht beteiligt war. Tatsache ist: Er konnte über die Inbrandsetzung des Plenarsaals keinerlei erhellende Angaben machen, er hielt sich in diesem Teil des Gebäudes überhaupt nur verschwindend kurze Zeit (2-3 Minuten) auf, und er betrat ihn erst, als er bereits sämtliche ihm zur Verfügung stehende, für einen Großbrand dieses Kalibers ohnehin untaugliche Brandmittel (Kohleanzünder) verbraucht hatte. Gleichzeitig verschwanden Beweismittel, so z.B. eine Brandfackel, die nachweislich nicht von van der Lubbe stammte. (Diese Feststellung lässt sich allein schon nach der kritischen Lektüre der Vernehmungsprotokolle sowie der Protokolle des Leipziger Reichstagsbrandprozesses treffen, der trotz manipulierter Zeugen und Beweismittel sowie dank der Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit des Mitangeklagten Dimitroff für die Nazis zu einem Desaster geriet.) Und kaum hatte das eigentlich zuständige Branddezernat seine Arbeit aufgenommen, wurde es auch schon durch eine von Herrmann Göring, damals kommissarischer preußischer Innenminister, eingesetzte Sonderkommission zur „Aufklärung“ des Brandes verdrängt.

Was bleibt dann aber von der behaupteten Alleintäterschaft eines politisch Verwirrten, wenn der „Einzeltäter“ mangels Zeit und materieller Möglichkeiten sogar als Tatbeteiligter ausscheidet? Bleibt allein die nicht zu widerlegende Tatsache, dass einzig van der Lubbe im brennenden Gebäude festgenommen wurde. Das ist allerdings nicht gleichbedeutend mit „auf frischer Tat ertappt“. Das wurde er nämlich (siehe oben) nicht.

Auf der anderen Seite fällt die Antwort auf die zentrale kriminalistische Frage „Cui bono?“ eindeutig aus: Nutzen aus dem Brand zog ausschließlich die Regierung Hitler, die mittels einer vorbereiteten Notverordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“ (zur „Abwehr staatsgefährdender bolschewistischer Terrorakte“, wie es hieß) bereits tags darauf der zuvor schon systematisch ausgehöhlten Weimarer Reichsverfassung den Todesstoß versetzte. Nachdem die Nazi-Führung die Tat, ohne dass eine kriminalistische Untersuchung auch nur begonnen hatte, zum Werk der verhassten Kommunisten erklärt hatte, die nun zum Abschuss freigegeben wurden. Und das alles

wenige Tage vor den Reichstagswahlen, die Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler trotz schlechtester Wahlprognosen für seine NSDAP, also scheinbar wider alle Vernunft, auf den 5. März vorgezogen hatte. Noch im November 1932 war eine parteiinterne Analyse der NSDAP im Anschluss an die für sie sehr verlustreichen Novemberwahlen 1932 zu dem alarmierenden Schluss gekommen, die Partei habe ihr Wählerpotential ausgeschöpft, es dürfe „jedenfalls nicht mehr zu einer Wahl kommen“. Die Folgen „wären nicht auszudenken“. Weiter: „ Mit Worten, Plakaten und Flugblättern ist nichts mehr zu machen. Es muss jetzt gehandelt werden.“

Konnte sich Hitler nach der Ernennung zum Reichskanzler durch den von einer Kamarilla aus Hofschranzen, Finanzmagnaten und Industriebossen zu dieser Entscheidung veranlassten Reichspräsidenten wirklich so sicher sein, dass seine NSDAP die so eilig vorgezogenen Reichstagswahlen gewinnen würde? Dafür spricht in der Tat wenig, jedenfalls vor dem Reichstagsbrand, nach dem Reichstagsbrand jedoch vieles. So standen der Hitler-Partei nun alle Mittel (einschließlich des neuen Mediums Rundfunk) zur Verfügung, um ihre Gegner einzuschüchtern und zu diffamieren. Infolge der Beseitigung von Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ihrer politischen Möglichkeiten weitgehend beraubt, von Politischer Polizei und SA gejagt und (ins Gefängnis wie auch in die nun entstehenden KZs) gesperrt, blieb diesen nur der Weg in die Emigration.

Die Nazis kontrollierten über Hermann Göring, der nicht nur Reichstagspräsident sowie Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Hitler, sondern auch kommissarischer preußischer Innenminister war, den Polizeiapparat im größten deutschen Teilstaat Preußen. Die Kontrolle über die politische Polizei hatte es ihnen ermöglicht, die unmittelbar auf den Reichstagsbrand folgende Verhaftungsaktion minutiös zu planen. Sechs Stunden vor dem Reichstagsbrand hatte der Chef der Preußischen Politischen Polizei (und spätere erste Gestapo-Chef) Rudolf Diels in einem entlarvenden Polizeifunk-Telegramm alle Polizeidienststellen im Reich angewiesen, „geeignete Gegenmaßnahmen“ (gegen angeblich für den Tag der „Reichstagswahl bzw. kurz vor- oder nachher“ geplante bewaffnete kommunistische „Überfälle auf Polizeistreifen und Angehörige nationaler Verbände“, die „derart getarnt werden, dass Urheber nicht erkennbar sind“) „sofort zu treffen, kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft nehmen.“ Diels selbst leitete in der Brandnacht die Verhaftungsaktion, wobei Tausende Kommunisten, Linkssozialisten und andere NS-Gegner aufgrund vorbereiteter Listen verhaftet wurden.

Ein Großteil der Deutschen mag ja der Propaganda der Nazis nicht geglaubt haben: dass der Reichstagsbrand das Fanal zum „bolschewistischen Aufstand“ hätte sein sollen und dieser nur durch das beherzte Durchgreifen der Hitler-Regierung verhindert worden sei! Auch dass ausgerechnet der Fraktionsführer der KPD im Reichstag Ernst Torgler und drei bulgarische Kommunisten, darunter der hohe Komintern-Funktionär Georgi Dimitroff, von der Lubbes Mitverschwörer sein sollten, klang nur wenig glaubwürdig.

Zusammen mit dem Terror der SA, von Göring keine zwei Wochen vor dem Brand als Hilfspolizei eingesetzt und mit Gummiknüppeln ausgestattet, erzielten diese offenkundigen Lügen jedoch die beabsichtigte Wirkung. Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 lieferte der „Regierung der nationalen Konzentration“ eine knappe Mehrheit von 51,9 Prozent der Stimmen. Die Mandate der KPD wurden kassiert, in der Folge alle ihre Nebenorganisationen verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft nahm ihren Lauf.

Kommen wir zur Ausgangsfrage zurück. Muss einen die Frage, wer vor 85 Jahren das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt hat, heute noch beschäftigen? Die Antwort lautet: ja. Die Art und Weise, wie die Hitler-Partei dabei ans Werk ging, den Brand gelegt, politisch ausgenutzt und funktionalisiert hat, um den permanenten Ausnahmezustand zu legitimieren, erscheint wie eine Blaupause für nach ähnlichem Muster ablaufende „False-Flag“-Aktionen der jüngeren Geschichte. Zugleich widerlegt sie die rationalisierende Behauptung jener Mitläufer und NS-Apologeten, „man

habe die Absichten der Nazis und ihre Art der systematischen Repression und Feinderklärung zu Beginn noch nicht erkennen können“ Schon allein deshalb ist „der Reichstagsbrand noch heute ein ‚historischer Lernort‘.“(Dieter Deiseroth)

Der Reichstagsbrand ist kein Einzelfall. Er steht in einer langen Reihe vergleichbarer Provokationen. Parallelen drängen sich nicht nur zu dem von der SS fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz auf, der als Vorwand für den deutschen Überfall auf Polen diente. In jüngerer Zeit waren und sind es vor allem das Militär und die Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten, die die Öffentlichkeit ihrer Länder mittels getarnter Aktionen hinters Licht führen, um Grund- und Bürgerrechte einzuschränken und die Vorwände für kriegerische Handlungen zu schaffen. Erinnerung sei an den vom US-Militär inszenierten Zwischenfall im Golf von Tonking, der den Vietnam-Krieg ausgelöst hat, oder an die vielen Ungereimtheiten und unaufgeklärten Widersprüche der Anschläge vom 11. September 2001 (wie übrigens auch der Folgeanschläge in Madrid und London), mit denen der „Krieg gegen den Terror“ und die Invasion Afghanistans legitimiert wurden. Diese und ähnliche Methoden werden von einer US-Regierung nach der anderen fortgesetzt. Waren es 2003 Lügen über erfundene Massenvernichtungswaffen, mit denen die Invasion im Irak „legitimiert“ wurde, so dienen seit Jahren Behauptungen Washingtons über unbewiesene Giftgasangriffe der syrischen Streitkräfte (gegen von den USA unterstützte Rebellen, aber auch gegen Zivilisten) dazu, den militärischen Druck auf die legitime syrische Regierung unter Präsident Baschar al-Assad zu verschärfen. Aufgrund von Recherchen des investigativen Journalisten Seymour Hersh wurde vor einigen Jahren bekannt, dass die „Rebellen“ selbst Gasangriffe inszeniert hatten, um einen Vorwand für eine Intervention der USA zu schaffen. Washington und seine Verbündeten hindert das nicht daran, ihre Lügen zu wiederholen – und der mediale Mainstream betet sie (cum grano salis) beflissen nach. So wie die längst widerlegten Lügen über den Reichstagsbrand.

** Hier sei auf die Bücher des Autors (zusammen mit Wilfried Kugel) verwiesen: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird, Edition q, Berlin 2001; Der Reichstagsbrand. Geschichte einer Provokation, Papyrossa Verlag, Köln 2013.*

Eine gekürzte und leicht veränderte Fassung des Beitrags erschien am 24./25. Februar 2018 in der Tageszeitung *Neues Deutschland*.

© www.globale-gleichheit.de 2018